**Für soziale Gerechtigkeit:**

**Armut bekämpfen - bezahlbare Mieten - Förderung der Sozialen Stadt**

**1. Armut und Reichtum in Deutschland**

Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt: In Deutschland wächst die Ungleichheit. Der Abstand zwischen dem Besitz der Reichsten und der Ärmsten wird größer. Auch bei den Arbeitseinkommen geht die Lücke auseinander: Hohe Einkommen steigen, bei der Entwicklung der geringen Einkommen gibt es dagegen nach Abzug der Inflation sogar Reallohnverluste. Das Vermögen der privaten Haushalte hat sich seit 1992 mehr als verdoppelt. Die obersten zehn Prozent der Haushalte verfügen heute über mehr als die Hälfte des Privatvermögens. Während die privaten Vermögen wachsen, nimmt die Staatsverschuldung zu. 50 Prozent der Kinder aus Alleinerziehenden-Haushalten leben unterhalb der sogenannten Armutsrisiko-Schwelle, d.h. in einem Haushalt mit extrem unterdurchschnittlichem Einkommen.

Das sind die Realitäten heute in Deutschland. Und der Bundesregierung ist nach Bekanntwerden dieser Tatsachen nur eine Lösung eingefallen: Sie hat den Bericht geschönt. Sie hat unbequeme Wahrheiten gestrichen und umgeschrieben. Aber auch mit dieser Vernebelungsstrategie bleiben die Tatsachen bestehen: sechs Millionen Menschen gehen für weniger als acht Euro die Stunde arbeiten, 25 Prozent arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

**Wenn die Schere zwischen den sozial Starken und den sozial Schwachen aufgeht, schwindet der soziale Zusammenhalt. Diese Entwicklung verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen.**

Die schwarz-gelbe Regierung unter Kanzlerin Merkel hat in den vergangenen Jahren ihrer Regierungszeit nichts unternommen, um diese wachsende Ungleichheit zu bekämpfen. Sie verteilte stattdessen steuerpolitische Klientelgeschenke wie an die Hoteliers. Höhere Steuern für Spitzenverdiener und große Vermögen lehnt sie dagegen entschlossen ab. Millionen sind da für das unsinnige Betreuungsgeld. Das wird finanziert durch die Einsparungen bei der Arbeitsmarktpolitik und beim Elterngeld für ALG-II-Beziehende. Obwohl der Staat wegen der guten Konjunktur Mehreinnahmen erzielt, bekämpft die Bundesregierung damit nicht die soziale Ungleichheit.

**Gegen diese Politik des Wegsehens und Wegleugnens setzen wir folgende konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut in Deutschland:**

* Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohnes und die Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.
* Eine wirkungsvolle Bekämpfung des Missbrauchs von Praktika, Mini-Jobs, Werksverträgen und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen die Begrenzung von Leiharbeit, befristeter Beschäftigungsverhältnisse und das Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern.
* Einen qualitativ hochwertigen Ausbau der Kinderbetreuung von der Krippe bis zur Ganztagsschule, diese Bildungsangebote sollen gebührenfrei bleiben bzw. werden.
* Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Veränderung des Ehegattensplittings bei künftigen Ehen zu einem Partnerschaftstarif.

Ein einheitlicher, flächendeckender Mindestlohn und die Eindämmung von Mini-Jobs sowie prekärer Jobs verhindert Dumpinglöhne und Erwerbs- und Altersarmut. Denn wer während der Erwerbstätigkeit nicht ausreichend für die Rente vorsorgen kann, dem droht Armut im Alter. Das gilt im besonderen Maße für Frauen, die überdurchschnittlich häufig in Minijobs arbeiten. Mit besserer Kinderbetreuung wird eine erwerbssichernde Arbeit gerade für Frauen möglich. Damit sichern sie sich ausreichende, eigene Rentenansprüche.

Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Dieses Prinzip muss wieder zur Geltung kommen. Für Einkommen ab 100.000 Euro fordern wir einen Spitzensteuersatz von 49 Prozent. Die dadurch gewonnen Mehreinnahmen sollen zur dauerhaften Verbesserung von Bildung und Aufwärtsmobilität angelegt werden. Zusätzlich entstehende Einnahmen aus der Vermögenssteuer sollen den Ländern für Investitionen in Bildung zur Verfügung stehen.

**2. Mieten und Wohnen in der Sozialen Stadt**

Ständig steigende Mietpreise in Ballungsgebieten und den großen Städten, aber auch den Rändern, und zugleich in vielen Regionen Deutschlands schrumpfende Gemeinden und leer stehende Wohnungen – der Wohnungsmarkt in Deutschland, jahrelang kein Thema für Mieter/innen, wird brandaktuell. In den Innenstädten können sich nur noch Wohlhabende Wohnungen leisten, viele müssen aus der Stadt an die Ränder ziehen. Auch Studierende finden immer schwerer bezahlbaren Wohnraum. Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft, energetische und altersgerechte Sanierungen stocken. Die Bundesregierung hat diese Entwicklung der letzten Jahre verschlafen, sie hat statt Wohnungsbauprojekte ins Leben zu rufen, drastische Kürzungen beim Bund-Länder-Programm Soziale Stadt vorgenommen und den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld abgeschafft. Damit sind viele bislang erfolgreiche Projekte zum Erliegen gekommen und die sozialen Probleme in den Städten haben sich verschärft.

Wir fordern deshalb den Ausbau bedarfsgerechten, altersgerechten und zugleich bezahlbaren Wohnraums. Mieten dürfen innerhalb von vier Jahren nur noch um maximal 15 Prozent erhöht werden. Weitere mieterfeindliche Änderungen, die schwarz-gelb im Mietrecht eingeführt hat, sollen wieder zurückgenommen werden. Die Städtebauförderung soll mit mindestens 700 Millionen Euro finanziert werden, das Programm Soziale Stadt als Leitprogramm mit 150 Millionen Euro ausgestattet werden. Der ganzheitliche Ansatz des Programms Soziale Stadt, das neben städtebaulicher Erneuerung und reiner Investition ins Quartier auch soziale und ethnische Integration, kulturelle Zusammenarbeit, Gesundheitsprävention, Bildungschancen und gutes nachbarschaftliches Miteinander fördert, muss weiter ausgebaut werden. Weiterhin sollen die Kommunen bei der Aufstellung kommunaler Wohnraumkonzepte unterstützt werden und der Wohnungsneubau muss verstärkt gefördert werden.

**3. Armutsbekämpfung im Kreis Mettmann**

Auch in NRW gibt es Armut und Reichtum und ganz unterschiedlich strukturierte Städte und Stadtteile. Die Einkommensentwicklung und –verwendung in NRW zeigt das: Während bei den 20 % der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen von 2003 bis 2008 nominale Einkommensverluste zu verzeichnen waren, zeigen sich bei den 20 % der Haushalte mit dem höchsten Einkommen überdurchschnittliche Steigerungen beim ausgabefähigen monatlichen Einkommen. (Sozialbericht Nordrhein-Westfalen 2012 - Armuts- und Reichtumsbericht). Das verfügbare Einkommen im Kreis Mettmann liegt mit 22.000 € und mehr je Einwohner in der höchsten Kategorie gemeinsam mit Städten wie Düsseldorf. Die SGB-II Quote im Kreis Mettmann beträgt zwischen 8,5% und 10,5%. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Kreis Mettmann liegt zwischen 25.000 bis 30.000 € und damit im NRW-Durchschnitt.

Große Unterschiede gibt es auch beim Steueraufkommen der einzelnen Städte im Kreis. Es gibt Städte im Kreis, denen es finanziell gut geht. Diesen Städten gelingt es, struktur- und sozialpolitische Anforderungen schnell umzusetzen. Andere Städte im Kreis leiden unter der Finanzschwäche und sind kaum in der Lage, die grundlegenden kommunalen Aufgaben zu erfüllen. Dabei herrscht oft gerade in diesen Städten ein besonderer Bedarf: Untersuchungen im Gesundheits- und Sozialbereich, bei den Einschulungsuntersuchungen und der regionalen Verteilung der Kinder mit Behinderungen zeigen, dass oftmals die finanzschwachen Städte im Kreis die größten Anstrengungen zur Verbesserung der auftretenden Probleme unternehmen müssten, dies aber finanziell nicht leisten können. In der Folge driften die Lebensverhältnisse auch im Kreis Mettmann auseinander.

Diesem Trend muss entgegen gewirkt werden. Das Ziel sind gleiche Lebensbedingungen und gleiche Chancen im Kreis Mettmann. Es gilt die finanziellen und personellen Ressourcen orientiert an den Lebensbedingungen auszurichten und die Angebote der Städte und des Kreises stärker zu koordinieren und zu vernetzen.

Hier sind die Städte und der Kreis gemeinsam gefordert. Die interkommunale Zusammenarbeit im Kreis muss entwickelt werden, um durch kostenoptimierte Aufgabenerledigung die für die Bürgerinnen und Bürger notwendigen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Serviceleistungen in allen Städten auch in Zukunft gewährleisten zu können.

Insgesamt spiegeln die Zahlen für den Kreis Mettmann die Heterogenität des Kreises wider. Sehr Einkommensstarke Städte und Stadtteile sind im Kreis Mettmann ebenso zu finden, wie einkommensschwache Stadtteile, bei denen erheblicher Investitionsbedarf in Infrastruktur und in die soziale Balance notwendig sind.

**4. Initiativen der SPD zur Armutsbekämpfung im Kreis Mettmann**

**a.** In jeder Stadt des Kreises sollte ein **Konzept zur kindbezogenen Armutsprävention** zu erstellt werden. An der Bildungsbiografie von Kindern orientiert soll versucht werden, Kinder und Jugendliche optimal zu fördern und somit auch Zusammenhänge zwischen Herkunft und Bildungserfolg zu minimieren. Ziel solcher Konzepte unter Einbeziehung der sozialer Netzwerke in den Städten muss sein: „Kein Kind, kein Jugendlicher, keine Familie darf verloren gehen.“ (Siehe Hilden: Konzept zur kindbezogenen Armutsprävention).

**b.** Wir setzen uns dafür ein, dass die **Schulsozialarbeit** weiterhin durch den Bund gefördert wird, wie dies im Bildungspaket zunächst für zwei Jahre vorgesehen war. Gerade Kommunen, die im Nothaushalt sind, können und dürfen diese Kosten nicht mehr tragen. Auch Schulsozialarbeit trägt dazu bei, die Zusammenhänge zwischen Herkunft und Bildungserfolg zu minimieren.

**c.** Die Bundesregierung wird aufgefordert die Kürzung der Mittel für **öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose** zurückzunehmen. Die aktuellen Veränderungen bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten haben dazu geführt, dass die öffentlich geförderte Beschäftigung in einer Kombination von zulässiger, Sinn stiftender Arbeit mit notwendiger sozialpädagogischer Betreuung und fachlicher Anleitung nicht mehr im bewährten Umfang durchgeführt werden kann. Die Fördermittel, die Beschäftigungsträger für die Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen erhalten, sind erheblich abgesenkt worden. Damit besteht die Gefahr, dass eine qualifizierte Betreuung nicht mehr finanziert werden kann. Kontraproduktiv ist zudem die Beschränkung der öffentlich geförderten Beschäftigung auf ausschließlich zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende und wettbewerbsneutrale Tätigkeitsfelder. Durch die Festschreibung dieser Kriterien können zukünftig allein nur arbeitsmarktferne Tätigkeiten gefördert werden. Arbeitsmarktnahe Arbeitsfelder sind jedoch eine zwingende Voraussetzung für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt.

Beschäftigungsgesellschaften in den Städten sind wichtige Instrumente zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und damit zur langfristigen Armutsbekämpfung. Die hier im Kreis Mettmann lebenden Langzeitarbeitslosen sind von der Gesetzesänderung besonders betroffen. Wir setzen uns für einen fairen, dauerhaft öffentlich geförderten „**sozialen Arbeitsmarkt**“ ein, der durch den sogenannten **Passiv-Aktiv-Transfer** (Einsatz ersparter Transferleistungen zur Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit) dauerhaft gefördert wird.

**d.** Die Kommunen werden aufgefordert **Schuldnerberatungen** weiter ausreichend zu unterstützen. Viele überschuldete Menschen haben nur über solche Beratungstätigkeiten wieder die Möglichkeit, eine Lebensperspektive aufzubauen. Dabei müssen Mindeststandards in Bezug auf Wartezeiten und Beratungsqualität gewährleiste sein. Die Finanzierung der Schuldnerberatung ist so anzulegen, dass den Anbietern über Rahmenverträge Planungssicherheit gegeben wird.

**e.** Wir begrüßen **Initiativen zur Armutsbekämpfung** in den Städten und im Kreis und wir setzen uns für deren Förderung ein. Sie sind unsere Partner. Dazu gehören auch die Tafeln, soziale Netzwerke, Organisationen zur Hilfe von Kindern in Armut etc. Neben Politik und Verwaltung sollen Wohlfahrtsverbände, Wirtschaftsvertreter, lokale Vereine und interessierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam passgenaue Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut vor Ort entwickeln und umsetzen.

**5. Beispielhafte Ansätze zur Armutsbekämpfung im Kreis Mettmann**

Seit 2010 liegt ein „**Familienbericht der Stadt Hilden** – Lebenslage und Zufriedenheit von Familien“ vor, der auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen wurde. Laut Erhebung sind 20 Prozent der Familien arm bzw. von Armut bedroht. Die Verwaltung wurde beauftragt, ein Konzept zur kindbezogenen Armutsprävention zu erstellen. Durch unterschiedliche Module, die sich an der Bildungsbiographie von Kindern orientieren, wird versucht, Kinder und Jugendliche optimal zu fördern und somit auch Zusammenhänge zwischen Herkunft und Bildungserfolg zu minimieren. Durch Kooperationen hat sich ein Hildener (Armuts-)Netzwerk gebildet. Um für Familien und Kindern eine zentrale und ganzheitliche Anlaufstelle zu schaffen, wurde das Familien- und Bildungsbüro „Stellwerk“ errichtet, das sämtliche kommunale Aufgaben bündelt. Das Ziel ist: „Kein Kind, kein Jugendlicher, keine Familie darf verloren gehen.“

Der Stadtteil **Ratingen-West** ist ein Beispiel dafür, dass es Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf gibt, die eine Förderung aus dem Programm „Soziale Stadt“ brauchen, mit einem ganzheitlichen Ansatz aus städtebaulichen und sozialen Maßnahmen, damit sich die Lebensqualität der Menschen verbessert. Der quartiersbezogene Ansatz, der auch Maßnahmen der Integration, Sprachförderung, Bildung und Gesundheit umfasst, ist für Stadtteil wie Ratingen-West sehr geeignet. 2007 wurde dort ein Büro für Stadtteilarbeit eingerichtet, das gemeinsam mit Vertretern der Polizei und einem Streetworker die Aufgaben im Rahmen von Integration und Prävention im Stadtteil wahrgenommen hat. Die Koordination der Programme erfolgte über die sozialen Verbände und Vereine, aber auch die LEG und Stadt Ratingen engagierten sich mit jährlichen 50.000 € für den Stadtteil Ratingen West. Diese Vereinbarung und sieht eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen, dem Jugendclub und der Stadt vor. Insgesamt sind in Ratingen-West bis 2010 Bundesmittel von 573.000 Euro, zusätzlich Landesmittel, so eingesetzt worden, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil möglich waren. Ratingen-West ist ein Stadtteil, der dringend wieder aus einem „Programm Soziale Stadt“ gefördert werden muss.

In den **Velberter Stadtteilen Birth und Losenburg** sind durch das Programm „Soziale Stadt“ bis 2010 insgesamt 71 Projekte mit einer Gesamtsumme aller Förderebenen von 7,3 Mio. Euro realisiert worden. Davon sind insgesamt 2,4 Mio Euro Bundesmittel investiert worden, um sowohl bauliche Verbesserungen als auch Gestaltung von Plätzen und Flächen sowie bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen. In den nächsten Jahren soll das „Integrierte Handlungskonzept“ für die Stadtteile weiter umgesetzt werden. Wesentliche Leitprojekte in Birth-Losenburg waren der Umbau der Erlöserkirche zum Bürgerhaus und die Neugestaltung des Birther Einkaufszentrums, die mittlerweile realisiert sind, die Aufwertung des Verbindungsweges zwischen Birth und Losenburg als attraktive Verknüpfung der beiden Programmgebietsteilen sowie die Arbeit des Stadtteilmanagements zur Begleitung, Koordination und Weiterentwicklung der Umsetzung des Handlungskonzeptes.

**Heiligenhaus-Oberilp** wurde mit 243.000 Euro aus dem Programm Soziale Stadt unterstützt.

Durch die Kürzungen der Bundesregierung können viele Stadtteile ihre Programme nicht mehr fortsetzen. Damit geht ein äußerst wichtiger und erfolgreicher Ansatz quartiersbezogener Arbeit verloren und die betroffenen Stadtteile werden im Stich gelassen. Die SPD will nach der Bundestagswahl 2013 ein **„Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und für bezahlbares Wohnen“** initiieren. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und bezahlbarer Wohnraum. Wir wollen das Zusammenleben von Menschen aller Altersgruppen, verschiedener Herkunft und sozialer Schichten verbessern, durch übergreifende Konzepte in den Quartieren.

Anknüpfend an die Ergebnisse der ersten AWO – ISS Studie zu Kinderarmut entwickelten der Bezirksverband der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein e.V. und die Stadt **Monheim am Rhein** im Jahr 2002 das **Modell Mo.Ki** - Monheim für Kinder. Ziel des Modells ist es, ein kommunales Gesamtkonzept zur Vermeidung der negativen Auswirkungen von familiärer Armut auf die Lebenslage und die Entwicklungschancen von Kindern zu erstellen. Durch Mo.Ki ist es gelungen, beispielhaft eine Präventionskette zur frühen Förderung von Kindern und Familien von der Geburt bis zur Berufsausbildung aufzubauen. Dies erfolgt über die Bereitstellung von Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Eltern und Kinder insbesondere in einem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf, da hier oftmals materielle Notlagen und soziale Benachteiligung einhergehen. Dafür wurden die Arbeit der Kindertagesstätten, der Grundschulen als auch der weiterführenden Schulen sowie eine Anlaufstelle für Familien nach der Geburt zum Knotenpunkt innerhalb des kommunalen Jugendhilfesystems weiterentwickelt. Ein wichtiger Bestandteil des Mo.Ki – Konzeptes ist der Aufbau eines Kooperationsnetzes für Kinder und Familien in Monheim am Rhein. In der OECD – Studie „Die Politik der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland“ wurde Mo.Ki ausführlich als beispielhaftes Projekt zur Förderung von Kindern mit Risikohintergrund dargestellt. Mo.Ki wurde und wird gefördert durch den Landschaftsverband Rheinland als auch durch die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW.

Bedürftigen Kindern zu helfen, das hat sich der 2005 auf Initiative der SPD unter dem Dach des DRK Wülfrath gegründete Verein „**Wülfrather Kinder in Not**" zur Aufgabe gemacht. Wülfrather Kinder in Not unterstützt Kinder, die an der Grenze zur Armut leben. Vor allem wird bei den Kosten fürs Mittagessen in Kindertagesstätten und Ganztagsschulen geholfen. Weiterhin werden durch Kinder in Not auch Zuschüsse für Winterkleidung, Schulausstattung und Klassenfahrten gezahlt. „Wülfrather Kinder in Not“ finanziert sich überwiegend aus Spenden. Mit ihnen arbeitet die Initiative **„Kids on Tour“** eng zusammen. Sie ermöglicht bedürftigen Kindern das Erlebnis einer Ferienfahrt.

In **Mettmann** hat sich das Programm „**MEhr für Kinder“** etabliert. Neben den Wohlfahrtsverbänden, Wirtschaftsvertretern, Glaubensgemeinschaften und Bildungseinrichtungen sind auch Politik, Verwaltung und interessierte Bürgerinnen und Bürger im Bündnis darin zusammen geschlossen. Das Bündnis hat in über zwanzig „**MAPs (MEhr für Kinder Aktionspläne)“** Maßnahmen und Aktivitäten gegen Kinderarmut angestoßen und zum Teil bereits umgesetzt. Ziel ist die Bekanntmachung von sozialen Angeboten, Kooperationen für neue Projekte, Synergieeffekte durch Vernetzung, Spendenaquise und Verteilung. Zurzeit entwickelt eine Arbeitsgruppe in dem Aktionsbündnis ein Konzept zur Lernförderung. Das Bündnis „Mehr für Kinder“ ist ein vorbildhaftes Beispiel für ein gesamtgesellschaftliches Handeln gegen Kinderarmut auf kommunaler Ebene.

**Diese Beispiele zeigen, dass es einigen Städten im Kreis Mettmann gute Ansätze zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung gab oder gibt. Sie müssen ausgebaut und in allen Städten verankert werden.**

*Beschlossen auf der SPD-Armutskonferenz am 20. April 2013 in Ratingen*